



# Transparenz macht Schule

Paragrafen und bürokratische Hindernisse machen vielen Betrieben zu schaffen. Die gemeinnützige Werner-Bonhoff-Stiftung aus Berlin zeichnet Unternehmer aus, die gegen verkrustete Verwaltungsstrukturen gekämpft haben, und schafft Konflikt-Transparenz im Paragrafendschungel.

Text Christoph Schlegel + Foto Belaid Le Mharchi

**BERND BEIGL WOLLTE** Rikscha fahren in Augsburg. Touristen besuchen die Stadt, es gibt Sehenswürdigkeiten wie den Dom, und ein Veloservice für Besucher war eigentlich keine schlechte Idee. Also beantragte Beigl eine Genehmigung für seinen geplanten Rikscha-Dienst – und damit fing alles an. Zunächst sollte der Kleinunternehmer nachweisen, dass seine Rikscha verkehrssicher ist. Was er tat. Er brachte sogar ein TÜV-Gutachten. Das schien die Behörde nicht zu beeindrucken. Die nächste Hürde bezog sich auf Gefährdung durch Straßenbahngleise. Es folgte noch eine Hürde und noch eine, und noch eine ... Die Behörde zeigte sich da wenig problemlösungsorientiert.

**INSGESAM VERGINGEN ZWEI** Jahre, doch Beigl gab nicht auf. Er blieb hartnäckig, nahm die Widerstände in Kauf und glaubte an seine Chance. Die dann unerwartet kam. Bei einem Fest durfte Beigl den Augsburger Oberbürgermeister mit der Rikscha zum Festzelt radeln. Der OB war angetan, erkundigte sich nach dem Potenzial des Gefährts. Beigl schilderte seine Erfahrungen mit den Behörden. Und im Kopf des Stadtvorstehers arbeitete es. Wenige Tage später stellte sich heraus: Beigl braucht keine Genehmigung. Der Oberbürgermeister hatte nachgehakt. Noch ein paar Tage später wurde die eigenständige Straßenverkehrsbehörde aufgelöst und ins Tiefbauamt eingegliedert. Und noch einige Tage später erhielt Bernd Beigl in Berlin den „Werner-Bonhoff-Preis wider den §§-Dschungel“. Eine Auszeichnung für besondere Widerstandsfähigkeit im Kampf gegen Bürokratie.

„**WIR WOLLEN DER** Verzweigung etwas entgegensetzen“, sagt Till Bartelt, Rechtsanwalt und Vorstand der Werner-Bonhoff-Stiftung. „Verzweigung“

zeige sich, wenn sich Menschen kleiner machen, als sie sind, wenn sie sagen: Ich als Einzelner kann doch nichts machen. Gerade der Fall Beigl zeige, so Bartelt, dass es in deutschen Behörden „nicht erst problematisch wird, wenn es um eine atomrechtliche Teilbetriebsgenehmigung geht“. Offenbar ein tiefgreifendes Problem. „Die Lösungsorientierung ist innerhalb der Verwaltung nicht gerade ein herausragendes Merkmal.“ Deshalb habe sich die Stiftung das klare Ziel gesetzt: „Wir wollen etwas bewirken, indem wir konkrete Fälle bürokratischer Hürden aus der unternehmerischen Praxis aufzeigen. So schaffen wir Konflikt-Transparenz. Die Fallschilderungen wirken dabei als Rohstoff zum Antreiben einer Wirkungskette.“

„**EINER MUSS IMMER** anfangen, von allein ändert sich bei Behörden nichts“, sagt Bartelt. Mit dem jährlich verliehenen Werner-Bonhoff-Preis werden Menschen ausgezeichnet, denen es gelungen ist, mit legalen Mitteln eine Schneise in den Paragrafendschungel zu schlagen – oder zu einer Veränderung innerhalb Behörden beigetragen haben. Wie Fernsehmoderator Günther Jauch, Preisträger von 2008, der in Potsdam denkmalgeschützte Häuser sanieren wollte und mit der dortigen Denkmalschutzbehörde eine Reihe denkwürdiger Auseinandersetzungen pflegte, unter anderem über die Frage, wie viele Windungen ein Fenstergitter aufweisen muss. Die Online-Fallsammlung, die für jeden auf der Homepage der Stiftung einsehbar ist, stellt authentische Fälle bürokratischer Hürden dar – zum Lernen und zur Ermunterung.

**WIE DAS BEISPIEL** von Johanna Ismayr. Bei der Berliner Gastronomin standen die Ämter sozusagen Schlange. „Da sind Ämter aufgetaucht,



Mut und Durchsetzungskraft haben sich für Johanna Ismayr gelohnt: Ihr Bundespressestrand hat eine dauerhafte Genehmigung erhalten.

Will Transparenz im deutschen Paragrafenschungel schaffen: Till Bartelt, Vorstand der Werner-Bonhoff-Stiftung.

## „Dass man aber nicht gleich die Flinte ins Korn werfen soll, dazu will die Stiftung ermutigen.“

von denen hatte ich vorher noch gar nie gehört.“ Ismayr wollte den „Bundespressestrand“ als gastronomisches Element in der Hauptstadt etablieren und war 2005 ins Visier der Behörden geraten. Die Idee der Stadtstrände war noch recht neu und die Kreativität der Ämter dementsprechend hoch. „Wir sollten zum Beispiel dafür sorgen, dass nach 22 Uhr nie mehr als 200 Personen anwesend sind“, berichtet Ismayr, „aber wie hätten wir das auf unserem Gelände gewährleisten können?“ Ismayr ist damals bewusst den Weg in die Öffentlichkeit gegangen – zumal am Bundespressestrand ohnehin zahlreiche Journalisten einkehren. Irgendwann beugten sich die Behörden dem medialen Druck, und der Bundespressestrand erhielt seine „dauerhafte Genehmigung“. Für die Werner-Bonhoff-Stiftung ist Johanna Ismayrs Strand ein wichtiges Fallbeispiel, um zu zeigen, wie viel Mut und Innovationskraft dazu gehören, um nicht von Behörden ausgebremst zu werden.

**DER NAMENSGEBER,** Werner Bonhoff, war ein Berliner Unternehmer, der unter anderem mit dem Verkauf von Textilien sein Vermögen begründete. Nach seinem plötzlichen Tod, er stürzte im Jahr 2000 im Alter von 57 Jahren mit einem Sportflugzeug ab, entschloss sich die Mutter und Alleinerbin, Elsbeth Bonhoff, 2002 eine Stiftung zu gründen, die sich der Förderung des freien Unternehmertums widmet. Bartelt, der als Rechtsanwalt für Bonhoff gearbeitet hatte, wurde

Kopf der Stiftung und startete einen „Kampf gegen Trägheit und gegen Hilflosigkeit, um Veränderungen in Gang zu setzen“.

**EINEN ÄHNLICHEN ANSATZ** verfolgt die Stiftung auch beim Umgang mit Gewalt und Mobbing, dem zweiten Schwerpunkt der Stiftung. Der familiäre Hintergrund: Die Schwester von Werner Bonhoff, Erika, wurde 1980 im Berliner Geschäft ihres Bruders Opfer eines Raubmordes. Mit [www.nach-der-tat.de](http://www.nach-der-tat.de) will die Stiftung Betroffene von Gewalt und Mobbing aktivieren. Auch hier soll der Satz „Da kann man nichts machen“ nicht mehr gelten. „Nach-der-Tat“ soll Mut machen, sich für eine Verbesserung der Situation einzusetzen, ohne sich selbst zu gefährden. Dazu hat die Stiftung unter anderem gemeinsam mit betroffenen Jugendlichen den „Bonhoff-Brief“ entwickelt. Ein „Bonhoff-Brief“ informiert die Schule über Gewalt- und Mobbing-Vorfälle mit dem Hinweis, dass die Stiftung eine Kopie erhalte. Damit können Jugendliche, egal ob Angegriffene oder nur Beobachter, eine Dynamik in Gang und gleichzeitig Lehrer und Schule unter Druck setzen. „Wir sind dann die Drittkraft“, sagt Bartelt. Ziel sei es, eine sichtbare Reaktion auf die Tat, eine Veränderung anzustoßen. Was man brauche, seien nicht „Millionen von Voyeuren“, sondern eine „beschränkte Öffentlichkeit in der Schule und im Umfeld der betroffenen Schüler“. Gehandelt werde dabei getreu dem Stiftungsziel: „Nachhaltige Veränderung durch Konflikt-Transparenz bewirken.“ ●

ANZEIGE